



# Das Reichsbanner

Nr. 5

17. Jahrgang

Mai 1973

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## Aktive Demokraten!

von Georg Prinz

Wir haben jetzt im Monat Mai zwei Daten, die auch die Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. tief berühren, Daten, die wohl auch für die Mehrheit unserer Staatsbürger einen tiefen Einschnitt in die Gesellschaftsstruktur bedeuten: 1. und 8. Mai!

Ist es schon lange her? Ist es eine so kurze Zeit? Was bedeuten diese Daten für das Deutsche Volk, für die Gemeinschaft der Völker?

Für die einen sind sie vielleicht kaum noch Erlebnis, Gegenstand des Unterrichts vielleicht, für die anderen sind sie ein furchtbarer aber auch fruchtbarer Rückblick in eine Zeit, die Mut erforderte, Bitteres brachte, viele mit Angst, Schrecken und Entsetzen erfüllte. 1. Mai, der Tag der Werktätigen, der Tag des sozialen Gewissens, Sinnbild der Arbeiterbewegung, des Kampfes um soziale Rechte, aber auch der Tag, der von den Nationalsozialisten, die weder „national“ noch „Sozialisten“ waren, umfunktioniert wurde.

8. Mai, der Tag des Jahres 1945, an dem das Unrechtsregime des sogenannten „Dritten Reiches“ zusammenbrach und - zunächst ganz schüchtern - der Glaube an Recht und Freiheit stark und stärker wurde.

Die tragische Geschichte unseres deutschen Volkes dieser beiden Tage ist Sinnbild für stilles Heldentum vieler Schichten und Gruppen, Sinnbild für Mut und Feigheit, Recht und Unrecht, Gewalt, Terror, Lumperei und Verleumdung. War der 1. Mai jeher der Tag des Aufschreis gegen das Unsoziale, so bleibt der 8. Mai der Tag des Aufschreis gegen das Unmenschliche.

Beide Tage symbolisieren aber auch die Entscheidung aktiver Demokraten für Freiheit, Menschenwürde und Recht. In gemeinsamer Frontstellung gegen das Unrecht setzten sich Männer und Frauen des Deutschen Volkes über alle fiktiven Schranken überkommener Vorurteile und politischer Gegnerschaften hinweg in der Erkenntnis zusammen ein, daß lebensentscheidende Werte - soziale Rechte, Menschenrechte - nur gemeinsam zu verteidigen und zu wahren sind.

„... Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die

zwischen anständig und unanständig...“ hat ein später hingewandter Widerstandskämpfer einmal geschrieben. Ich möchte meinen, daß das Worte sind, die auch jeder Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V., unterschreiben kann.

Das soll ja nicht bedeuten, daß jeder Angehörige dieser großen demokratischen Organisation nicht im Rahmen der Partei, der er angehört, für deren Ziele eintreten dürfe. Das soll er sogar. Nur meine ich, sind im Rahmen der Ziele, die der einzelne Bürger erstreben mag, ein gewisses Maß an Toleranz und Verständnis auch für den anderen Bürger notwendig.

Der Glaube an Recht und Freiheit, das hat uns eine bittere Erfahrung gelehrt, genügen nicht.

Die Kräfte der Unfreiheit können mächtig, ja übermächtig werden. Das gilt sowohl für den staatlichen Bereich - einschließlich Wirtschaft - als auch für kleinere Bereiche, kommunale etwa oder auch Verbände.

Da die Zerstörung der Freiheit Gefahren schafft - und welche Gefahren! - ist man dazu übergegangen, dem Einzelnen zu helfen. Dem Bürger in seinem Kampf mit den öffentlichen Gewalten etwa durch eine Verfassung, Verwaltungsgesetze, Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Man hat, um der Menschheit zu helfen, die Vereinten Nationen gegründet, den Sicherheitsrat geschaffen.

Dies findet Entsprechendes auch bei Verbänden, in denen Satzung, Schiedsgerichtsbarkeit, Vereinsgerichtsbarkeit auch versuchen, den uralten Traum der Menschen von der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Bisweilen ist das mit Schwierigkeiten verbunden.

Gedanken zum 1. und 8. Mai. Erkennen wir doch endlich, daß es auch für uns im Reichsbanner nur eine Grundlage geben kann: Gemeinsame Arbeit für unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung über politische Verschiedenheiten hinweg.

Keine Diffamierung des Andersdenkenden, soweit und solange er auf dem Boden unserer Verfassung steht.

Das, so meine ich, ist Wesen des aktiven Demokraten.

## „Wehrhafte Demokratie – Rückblick und Ausblick –

H. Schmitt-Vockenhausen

Vor den Delegierten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Landesverband Hessen, sprach im Bürgerhaus Nordweststadt der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Hermann Schmidt-Vockenhausen, über 'Wehrhafte Demokratie':

**„Das wichtigste in einer Demokratie ist, daß Demokraten da sind, bereit, wehrhaft eine Demokratie zu verteidigen, wenn Radikale aller Gruppierungen durch ständige Angriffe die Mitte erobern, oder zum Schweigen bringen wollen.**

Erfahrungsgemäß seien 10% der Wahlberechtigten politisch engagiert und darin liegt die große Gefahr.

In der Weimarer Republik gab es keine demokratische Tradition. Die schweren Belastungen, die die Siegermächte 1918 der Republik auferlegten, waren zugleich auch eine der Ursachen der Fehlent-

wicklungen. Die Schwerindustrie, die Großagrarien und auch die spätere Reichswehr traten als Gegenkräfte gegen die Republik in Erscheinung. Millionen Arbeitslose mehrten die Unzufriedenheit. Die auf dem Boden der Demokratie stehenden Parteien haben bei ihrem Kampf gegeneinander, zu oft das Gemeinsame nicht gesehen.

Bezeichnend dafür sei das Scheitern der letzten verfassungsgemäß zustande gekommenen Regierung der Republik, die Koalition Hermann Müller-Franken. Linke Flügel der SPD und der Gewerkschaften verhinderten einen Kompromiß in der Sozialversicherung. Ideologie und Interessenpolitik siegten über realpolitische Einsicht der Regierungsmitglieder, die auch unter Opfern die Koalition fortzusetzen wünschten, weil sie die einzige Möglichkeit einer parlamentarischen Regierung darstellte.

Die reine Verhältniswahl begünstigte die Stimmensplitterung. Es kamen keine klaren Mehrheiten mehr zusammen. Splittergruppen bildeten schließlich das Reservoir der radikalen Parteien. Am Ende vollzog Hitler das, was er schon 1923 in „Mein Kampf“ niedergeschrieben hatte: „Die Beteiligung an der Institution des Parlaments kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen, zur Beseitigung einer Einrichtung, in der wir eine der schwersten Verfallserscheinungen der Menschheit erblicken.“

Die Ereignisse aus dem Nationalsozialismus haben Millionen Menschen in unserem Lande den Wert der Demokratie deutlich gemacht. Die Erfahrungen mit dem Kommunismus im anderen Teil Deutschlands, der mit dem Einmarsch der Russen im Zusammenhang gesehen wird, haben den Abwehrwillen verstärkt und uns nicht nur äußerlich sondern auch unserer Überzeugung nach, an die Seite der westlichen Demokraten gerückt.

Verfassungen und Ländergesetze haben auf den Kenntnissen im folgenden aufgebaut: im konstruktiven Mißtrauensvotum, Veränderung der Struktur des Präsidentenamtes, im Wahlrecht, dem Beamtenrecht, wobei der Beamte auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung stehen muß.

Die Wertbindung der Demokratie ist das Prinzip der repräsentativen Demokratie, die Verantwortlichkeit des einzelnen Abgeordneten, keine plebiszitäre Aushöhlung der Verantwortung des Parlaments.

Zusammen mit der Verabschiedung der Notstandsverfassung wurde das bisher schon bekannte **Widerstandsrecht** im Artikel 20 des Grundgesetzes gesetzlich geregelt.

#### Wo liegen die Gefahren im Ausblick?

Durch das Verbot rechts- und linksradikaler Parteien ist eine Gewinnung entstanden, als sei die Abwehr von Radikalen eine Sache der Polizei. Die öffentliche Meinung ist träge geworden. Die Parole der Radikalen vom „langen Marsch durch die Institutionen“ ist ernst zu nehmen u. fordert unsere besondere Wachsamkeit auf. Wir müssen darauf achten, daß nicht Leute im öffentlichen Dienst angestellt werden, die unseren Staat zerstören wollen; die Parteien müssen um ihre Positionen kämpfen.

Das Reichsbanner war in der Weimarer Republik der Sammelpunkt für diejenigen, die über die Parteien hinweg gemeinsam versucht haben, die Republik zu halten.

Wir sollten dankbar sein, wenn allein durch die Erinnerung an diese Arbeit nicht vergessen wird, daß eine Demokratie nur dann lebt, wenn Demokraten wachsam sind.

#### Bundestags-Vizepräsident

#### Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen

hat an den Bundesminister der Verteidigung Georg Leber am 25. 4. 1973 folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister, anlässlich einer Veranstaltung bin ich von früheren Funktionären des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold darauf angesprochen worden, ob es nicht möglich sei, das Reichsbanner-Lied in das Liederbuch der Bundeswehr aufzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn solche Überlegungen zu einem positiven Ergebnis führen würden.“

Mit freundlichen Grüßen Ihr Dr. Schmitt-Vockenhausen.“

Die Anregung zu diesem Schritt erhielt H. S. V. auf der Delegiertenkonferenz des Landesverbandes Hessen, wo er bekanntlich das Hauptreferat übernommen hatte.

(Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat die Noten schon vom Bundesvorstand angefordert).

Die Redaktion

#### Erklärung

Zur Wahrung meiner persönlichen Interessen und zur Wahrheitsfindung erkläre ich, daß zu meinem Bericht, erschienen im Publikationsorgan „DAS REICHSBANNER“, Nr. 4, Ausgabe April 1973, der nachstehende Satz:

..... oder eine neue Partei zu gründen: die NSDAP,

von mir weder verfaßt, noch dem Inhalt nach geschrieben worden ist. Möge der oder die Schuldigen ihre eigene Verantwortung und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen tragen.

Beuk, Schriftführer LV-Hamburg

Der Bundesvorstand distanziert sich von dem vorstehend angesprochenen Artikel gleichfalls und bedauert dessen Erscheinen.

Der gesamte Inhalt von DAS REICHSBANNER, Nr. 4, April 1973, war dem im Impressum dieser Ausgabe als stellvertretenden Redakteur genannten Unterzeichneten vor der endgültigen Drucklegung völlig unbekannt. Er lehnt jede Verantwortung dafür ab.  
Kronshagen, den 15. Mai 1973, Walter Jansen

#### NACHRUUF

Am 7. Mai 1973 starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser

I. Bundesvorsitzender

**Willi Haag**

Tief bewegt nehmen wir Abschied von einem Kameraden, der von seiner frühesten Jugend an unserem Reichsbanner treu gedient hat. Er hat, wie viele von uns, während der Nazierrschaft schwere Opfer bringen müssen. Nach dem II. Weltkrieg hat er sich große Verdienste um den Wiederaufbau unseres Bundes erworben.

Wir danken ihm für sein unermüdliches, tapferes und vorbildliches Wirken für das REICHSBANNER und seine demokratischen Ziele und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren, indem wir in seinem Sinne weiterkämpfen für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

**REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD**  
**Bund aktiver Demokraten e. V.**

Ortsverein Frankfurt/M.

Fr. Funk

Bundesvorstand

H. Esser

H. J. Funk

Landesverband Hessen

H. Esser

H. Ditter

## Wichtiger Beschluß des Beirats der IG Metall

Gegen zwei Stimmen und bei einer Stimmenthaltung hat der Beirat folgenden Beschluß entgegengenommen:

„Die Zielsetzungen und Aktivitäten der unter den Bezeichnungen KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter-Basisgruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und die von ihnen getragene sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die genannten Gruppierungen werden zu gegnerischen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall, die sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, verstos- sen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluß rechnen.“

IG Metall Nr. 9 vom 2. 5. 1973

Wir begrüßen diesen Beschluß, da er ganz im Sinne unserer politischen Auffassung liegt.

## Hitlers Schüler in Athen

aus „Der Sozialistische Kämpfer“ Nr. 3, 3. 1973

Die Weltpresse hat unlängst über die Verhaftung und Folterung deutscher Studenten in griechischen Gefängnissen berichtet. Die jungen Leute, denen Kontakte zu griechischen Widerstandsgruppen vorgeworfen worden waren, sind anscheinend in eine Falle der Geheimpolizei der Obristen-Diktatur geraten.

Nachdem ihre Freilassung durch diplomatische Intervention erreicht worden war, ist es um diese Affäre wieder still geworden. Sie hatte blitzartig das System in den griechischen Gefängnissen der Gegenwart beleuchtet.

Um so notwendiger ist es, auf den Bericht des Studenten Werner Robbert aufmerksam zu machen, der in der Hamburger Wochenschrift „Die Zeit“ veröffentlicht — aber nur von wenigen anderen Presseorganen nachgedruckt wurde. In Österreich haben die auf- lagenstarken Zeitungen diese Aussage eines Zeugen der Folter- methoden im faschistischen Griechenland wie üblich überhaupt totgeschwiegen.

Robberts Situation im Gefängnis wird manchen österreichischen Antifaschisten an eigene Situationen aus der Zeit des Faschismus erinnern. Da heißt es unter anderem:

Was man mir eigentlich vorwarf und was man genau von mir wissen wollte, ist mir nie klargeworden. Es ging immer wieder um den „Auftrag“, die „Organisation“, die „Hintermänner“. Anscheinend befriedigten meine Antworten nicht — also schlug man mich. Das war gleich beim ersten Verhör so und wiederholte sich in den nächsten zwei Wochen stets: Schläge in das Gesicht und auf den Kopf, Beschimpfungen und Folterungsandrohungen. Der Dolmetscher Nikalau meinte: „Diese Methoden haben wir von eurem Hitler gelernt — und wir beherrschen sie sehr gut!“ Oder ein andermal: „Es wird uns eine Freude sein, dich leiden zu sehen!“ Sie wollten unbedingt ein Geständnis. Denn einer der Militärpolizisten sagte: „Aus diesem Gefängnis ist noch nie einer 'rausgekommen, der nicht gestanden hat.“

Daß ich wegen „Verdachts der Kontaktaufnahme mit einer Person“ verhaftet worden war, sagte man mir erst zwölf Tage später — an dem Tag, an dem zum erstenmal der deutsche Konsul im Gefängnis erschien. Sie hatten mich in eine fensterlose, dreckige Zelle gesperrt, 2,20 m auf 1,20 m. Tag und Nacht brannte das Licht. Es war so heiß, daß jede geringste Bewegung Schweißausbrüche hervorrief. Und außer den verschiedensten Insekten gab es in der Zelle nur ein Bett.

Die Berufung der griechischen Folterknechte auf ihren Lehrer Hitler verdient, festgehalten zu werden. Von besonderer Bedeutung ist die Schilderung des Augenzeugen über die Meinung von politischen Gefangenen in jenem Land, das für viele Österreicher noch immer ein beliebtes Urlaubsziel ist und als sonniger Ferientaufenthalt betrachtet wird. Wir zitieren wörtlich:

Während der zwei Monate im Gefängnis von Kordydallos habe ich viel politische Gefangene gefragt, wie sie zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland stünden. Die Antworten waren alle eindeutig: Jede moralische, politische, ökonomische und militärische Unterstützung aus dem Ausland

müsse unterbleiben. Ein Grieche: „Wo immer die Junta auftritt, muß sie das Gefühl haben, angespuckt zu werden.“

Österreichs Sozialisten wissen aus eigener, bitterer Erfahrung, welche Bedeutung die internationale Solidarität für ein vom Faschismus unterdrücktes Volk hat. Es ist daher unsere Aufgabe, die Solidarität mit dem griechischen Volk, das seiner Freiheit beraubt wurde, wesentlich zu verstärken.

Wenn sich die Folterer in den Gefängnissen der Obristendiktatur stolz als Schüler Hitlers bezeichnen, dann ist es unsere Pflicht, sie ebenso konsequent zu bekämpfen wie seinerzeit ihren Lehrer, der sich durch feigen Selbstmord der Verantwortung für die von ihm begangenen Verbrechen entzogen hat.

## Aus den Landesverbänden . . .

### Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Erich Knapp hat mit sofortiger Wirkung sein Amt niedergelegt. Seine Nachfolge als verantwortlicher Redakteur übernimmt ab sofort sein Stellvertreter, Walter Jansen, Kronshagen/Kiel.

Der Bundesvorstand

### Landesverband Hessen

Der Landesverband Hessen hielt am Samstag, dem 14. 4. 1973, im Bürgerhaus Nordweststadt, in Frankfurt/Main, seine Landeskonferenz ab.

Der Landesverbandsvorsitzende Helmut Esser konnte als Gäste den Referenten des Tages, den Bundestagsvizepräsidenten des Deutschen Bundestages „Hermann Schmitt-Vockenhausen“ und den Vorsitzenden der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände, den Kam. Prinz, begrüßen.

Prinz übermittelte die Grüße seiner Organisation.

Nach dem Referat von H. Schmitt-Vockenhausen, von dem wir an anderer Stelle einen Bericht bringen, gab Kam. Esser einen Bericht über die vergangenen zwei Jahre.

Kam. Esser wurde in der nachfolgenden Wahl als 1. Vorsitzender bestätigt.

Nachstehend die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes:

### Landesvorstand

#### gewählt am 14. 4. 1973

1. Vorsitzender: H. Esser, 609 Rüsselsheim, Wilhelm Sturmfelsstr. 7
  2. Vorsitzender: H. Ditter, 6 Frankfurt/M., Melibocusstraße 30
  1. Kassierer: H. J. Funk, 6 Frankfurt/M. 60, Atzelbergstraße 82
  2. Kassierer: R. Heinemann, 605 Offenbach/M., Römerstraße 33
  1. Schriftführer: Ch. Weiß, 6 Frankfurt 90, Hausener Obergasse 15
  2. Schriftführer: W. Fiedler, 6491 Niedererissigheim/Hanau, Brüder-Grimm-Straße 7
  1. Revisor: W. Krämer, 623 Frankfurt/M. 80, Engelsruhe 14
  2. Revisor: W. Schmidt, 6231 Niederhöchstädt/Ts., Taunusstraße 1a
- Presse: G. Prinz, 6272 Niedernhausen, Lenzhauser Weg 38

#### Beisitzer Kraft Amtes:

- OV Frankfurt/M.: F. Funk, 6 Frankfurt/M., Goldsteinstr. 293  
OV Wiesbaden: W. Haug, 6202 W.-Biebrich, Biebricher Allee 88  
OV Offenbach: W. Kaiser, 605 Offenbach/M., Schumannstraße 74  
OV Darmstadt: A. Becker, 61 Darmstadt, Am Sandacker 23  
OV Rüsselsheim: H. Esser, 609 Rüsselsheim, W. Sturmfelsstraße 7  
OV Neu-Isenburg: K. Czernio, Neu-Isenburg, W.-Leuschner-Str. 138

#### gewählte Beisitzer:

1. Josef Richtberg, 6 Frankfurt/M. 1, Philippsruherstraße 3
2. Waldemar Lorenz, 6 Frankfurt/M. 60, Saalburgallee 23
3. Siegfried Keiling, Bad Homburg v. d. H., Sindlinger Weg 1
4. Willy Eid, 61 Darmstadt, Haardtring 275

Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt/M. hat am 28. April 1973 folgenden Vorstand neu gewählt:

1. Vorsitzender: Fr. Funk; stellv. Vors.: H. Ditter; 1. Kassierer: K. Lock; 2. Kassierer: Chr. Weiß; 1. Schriftführer: K. Röss; 2. Schriftführer: A. Bürner; Beisitzer: J. Richtberg, W. Lorenz, J. Scheich (1. Jugendvertreter), W. Schmidt (Pressereferent), E. Schröder, E. Schebler, W. Krämer, K. Semmler (2. Jugendvertreter).

## Ortsverein Heidelberg

Wir bringen nachstehend zwei Pressestimmen zur Jahrestagung des Ortsvereins Heidelberg, die am 25. Februar 1973 im Konferenzsaal des Hauptbahnhofes stattgefunden hat.

### Jahresversammlung beim „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

#### Vom Kampfverband zu einem „Schutzbund“

##### Heute ein Bund aktiver Demokraten/Politische Wachsamkeit gefordert/Gegen rechts und links

**Heidelberg.** Was früher als militante Kampforganisation der demokratischen Mitte gegen den Straßenterror der SA, des Stahlhelm und des Rotfrontenkampfbundes ins Leben gerufen wurde, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, versteht sich heute als Bund aktiver Demokraten. Die Ortsgruppe Heidelberg unter Vorsitz von Max Franke lud am Samstag ihre Mitglieder zur Jahresversammlung in den Konferenzsaal der Bahnhofsgaststätte. Referenten aus dem Gesamtverband gaben Einblick in die Geschichte des Verbandes, legten Ideen und Pläne für die Zukunft vor und stellten heiße Themen, wie Links- und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, den Radikalerlaß der Ministerpräsidenten und verdeckte oder offene Bevorzugung rechtsorientierter Persönlichkeiten zur Diskussion. Meldungen wonach es zwei Grundtendenzen in bezug auf die „Kampfrichtung“ innerhalb des Verbandes gäbe, wurden zwar bestätigt, grundsätzlich gelte der Kampf aber der Reaktion.

Noch 1933 war das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ eine Massenorganisation, nach Hitlers Machtergreifung verschwand es sang- und klanglos. Bei der Neugründung nach 1945 war von Anfang an klar, daß der Verband sich neue und andere Aufgaben zu stellen hatte, doch der alte Namen wurde übernommen. „Der Name liegt uns heute im Kreuz“, formulierte Willi Haag, Bundesvorsitzender, denn es fehle an jüngeren Genossen bei einer ohnedies nicht übermäßig starken Mitgliedschaft, und diese würden möglicherweise durch den Namen abgeschreckt. Die Mehrheit sei heute schon für den Vorschlag „Demokratischer Schutzbund“. Zur Namensänderung sei aber eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Dieser Name drücke auch aus, was der Verband heute wolle. Eine der Aufgaben sei zum Beispiel das Überwachen antidemokratischer Vorgänge hinter den Kulissen. Wahrnehmungen über vorzeitige Entlassungen von rechtskräftig verurteilten Nazi-Verbrechern wurden der Presse zugeleitet und dadurch die Öffentlichkeit informiert. Indem man sich sowohl gegen Rechts- als auch Linksradikalismus wendet, knüpft man an die demokratische Mitte der Weimarer Republik an, deren Koalition aus SPD, Zentrum und DDP vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ geschützt wurde.

Dr. Karl Gustav Kindermann aus Reutlingen sieht hierbei die Gefahr von links, der „sehr gut durchorganisierten DKP“ als ebenso relevant an, wie die von rechts, wobei er allerdings einräumte, daß die NPD heute zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sei. Viele der heutigen Anarchisten sind für ihn psychopathische Typen, die auf die Bahn des Fanatismus geraten und nicht mehr mit unseren sozialen Maßstäben zu messen seien. Sowohl Rudi Dutschke als auch Cohn Bendit könne er persönlich, und wenn letzterer Ansichten äußere, wie „Stalin sei viel zu milde gewesen“, so sehe er in diesen Leuten keine wirkliche Gefahr für die Demokratie mehr. Aktionen brauchten eine Basis in der Bevölkerung, und alle bisherigen Versuche dieser Leute, sich eine Basis zu schaffen, seien zum Scheitern verurteilt gewesen, da der BRD ganz einfach wichtige Voraussetzungen für revolutionäre Umsturzversuche fehlten.

Für Dr. Kindermann ist die Bundesrepublik „die wahrscheinlichste Demokratie unserer Zeit“. Um diese zu erhalten, sei es jedoch nötig, „wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren“.

Anders Erich Knapp, Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen: „Für uns ist der Hauptfeind der Rechtsradikalismus“.

Er sieht ebenfalls in der heutige NPD keine Gefahr, versteht aber den Rechtsradikalismus wesentlich breitgestreuter. Der Nationalismus sitze in allen demokratischen Parteien und sei sogar in der Schul- oder Hochschulpolitik einiger Länder erkennbar. Die „Nationalen“ seien nicht mehr an ihren Farben zu erkennen, die Grenzen hätten sich verwischt. Wolle man sich Klarheit verschaffen, genügt aber manchmal schon Reizworte wie „Emanzipation“ oder „paritätische Mitbestimmung“, um den politischen Gegner aus der Reserve zu locken. Er denke hierbei auch an die Diktatur der Großunternehmen, die heute im wesentlichen bestimmten, wie der Mensch zu leben habe.

Mitbestimmung und Selbstbestimmung sind nach den Worten Erich Knapps wichtigste Ziele, und zwar im alltäglichen Leben, nicht nur alle vier Jahre bei den Wahlen. Man sei sich hierbei darüber im klaren, daß die Unternehmungen ihre Positionen nicht kampflös räumen werden. „Die Interessen der Kapitalisten sind ebenso wie die der Arbeitnehmer international.“ Ständiger aktiver Kampf aller wahren Demokraten sei dringend notwendig.

tel

## Ablehnung aller radikalen Kräfte

„Rhein-Neckar-Zeitung“, 27. Februar

### Jahrestagung des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ Heidelberg

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, in Teilen der Bundesrepublik seit einigen Jahren als „Bund aktiver Demokraten“ neu belebt, sieht auch in der veränderten politischen Landschaft und nach der klaren Absage an radikale Parteien, wie sie die Wähler bei der letzten Bundestagswahl gegeben haben, noch eine Aufgabe für die Zukunft. Standortbestimmung und Zielsetzung standen im Mittelpunkt der Jahrestagung der Ortsgruppe Heidelberg am Sonntag im Konferenzraum der Bahnhofsgaststätten.

Der Sprecher der Heidelberger Gruppe, Max Franke, konnte zu der Tagung Mitglieder begrüßen, darunter den Bundesvorsitzenden des „Reichsbanner“ Willi Haag (Frankfurt), der es als Ziel der politischen Bildungsarbeit bezeichnete, „daß unser demokratischer Staat gehalten und gestützt wird“. Dieses Ziel soll auch in der angestrebten Umbenennung des „Reichsbanner“ in „Demokratischer Schutzbund“ deutlicher artikuliert werden; man erhofft dadurch auch eine verstärkte Resonanz insbesondere bei der jüngeren Generation.

Die gegenwärtigen Fronten wurden in zwei Referaten abgesteckt. Dr. Karl Gustav Kindermann (Reutlingen) betonte, daß „Ablehnung und Abwehr“ gleichermaßen dem Rechts- und Linksradikalismus gelten. Es gebe heute in der Bundesrepublik über 300 rechts und linksradikale Gruppen und Grüppchen, die meisten von ihnen seien aber unbedeutend und bildeten keine Gefahr. Die „wirkliche Gefahr“ komme von der DKP, die, von Ostberlin und Moskau finanziert, die Herbeiführung einer „sogenannten revolutionären Situation“ anstrebe. Hier gelte es wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren.

Anders Erich Knapp, Presseleiter des „Reichsbanner“ und Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Für ihn ist der Hauptfeind der „Rechtsradikalismus in Form einer deutschnationalen Reaktion, wie sie in den Teilen der bürgerlichen Parteien zutage tritt“. Es gehe darum, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen, es müsse aufhören, „daß das Kapital die Lebensbedingungen bestimmt“. Als Bundesgenossen bezeichnete Knapp die Gewerkschaften, die SPD, Teile der FDP und den Arbeitnehmerflügel der CDU. Aber auch jenseits der Landesgrenzen müsse man sich Bundesgenossen suchen. Ziel sei die Bildung eines „Europäischen Demokratischen Schutzbundes“ zur Abwehr von vom Redner vermuteten Tendenzen bei den „Kapitalisten“, die zur Erhaltung ihrer Privilegien auch vor einer „autoritären Staatsform“ nicht zurückschrecken.

grs

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 4 – April 1973 – 17. Jahrgang – Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,  
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion u. verantwortlich:  
Helmut Esser, 609 Rüsselsheim, Wilhelm-Sturmfels-Straße 7

Stellvertretender Pressereferent und stellvertretender Redakteur:  
Walter Jansen, 23 Kronshagen/Kiel, Steindamm 1c, Telefon (04 31) 58 13 24

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.